DM 1,–

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

April 4 / 93



1943 – Aufstand im Ghetto von Warschau 1993 – Gedenken

Am Sonnabend, den 24. April 1993, um 19.00 Uhr, im großen Saal der ev. Gemeinde St. Stephani, Faulenstraße



Edna & Esther Bejarano treten auf mit der Gruppe **Coincidence.** Esther & Edna Bejarano sind Mutter und Tochter. Esther gehörte als KZ-Häftling dem Mädchenorchester in Auschwitz-Birkenau an.

Mit dem Konzertprogramm stellt die Gruppe **„Coincidence"** ein vielseitiges Repertoire u.a. mit jiddischen Liedern aus dem Ghetto und dem Widerstand in verschiedenen Sprachen vor.

Gedenkrede: Prof. Kurt Pätzold, Berlin.

VVN-BdA Bremen e.V. in Zusammenarbeit mit:
Senator für Kultur und Ausländerintegration · Lidice-Initiative · Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden · Naturfreundejugend Mosaik-Kulturhaus e.V. · Sozialistische Jugend – Die Falken · Ernst Busche · DFG/VK · DGB-Jugend u.v.a.

V.i.S.d.P. Willi Hundertmark

Eintritt: DM 12,–
für Schüler DM 10,–

Gedanken zum Gedenken

Eine Reihe von Veranstaltungen (siehe obige Anzeige) zum Gedenken an den Aufstand im Warschauer Ghetto eröffnete eine Ausstellung am 10. März 1993 im Bürgerhaus Neue Vahr.

Einen Tag später erreichte uns bereits eine Kritik an den Bildern. Warum? Es waren bekannte Bilder dabei, aber keine direkt vom Aufstand. Es sind eben „nur" Bilder, die illegal gemacht worden sind. Aber eben nur vom täglichen Leben im Ghetto.

Der Aufstand im Ghetto hatte als reale Ursache die bevorstehende Räumung des Ghettos. Umsiedlung nannten dies die Nazis, so schnell wie möglich.

Diese Eile der Nazis war das Ergebnis der totalen Niederlage der deutschen Wehrmacht in Stalingrad. Das war am 2.2.43. Am 18.2.43 rief Göbbels im Berliner Sportpalast zum totalen Krieg. Totaler Krieg nach außen und nach innen. Sie waren sich der Tatsache bewußt, dieser Krieg nach außen ist nicht mehr zu gewinnen. So begann man mit der „Umsiedlung" der Bewohner der Ghettos in die Vernichtungslager.

Nach dem Massaker der SS am 19.4.42 hatten die Juden im Ghetto Kampfgruppen gebildet. Die Judenstadt wurde dazu benutzt, eine Reihe Keller und Bunker zu bauen. Bereits im März 1943 riefen die Kampfgruppen zum Widerstand gegen die Umsiedlung auf.

Wie im Vorjahr wollte die SS wieder zu Ehren des „Führers" ein Massaker veranstalten. Diesmal stießen sie auf bewaffneten Widerstand. Die SS antwortete mit dem Niederbrennen ganzer Straßen. Im fünften Bulletin der Kampfgruppen wird diese Aktion ausführlich beschrieben. Die überraschten Frauen, Männer und Kinder wären wie brennende Fackeln aus den Fenstern gesprungen. Der SS-General Stroop, der im Frühjahr zur Niederbrennung des Warschauer Ghettos eingesetzt war, schreibt in seinem Bericht:

„Es hatten sich unter polnisch-bolschewistischer Führung sogenannte Kampfgruppen gebildet. Bei dem bewaffneten Widerstand waren (...) Weiber in gleicher Weise wie die Männer bewaffnet und z.T. Angehörige der „Haluzzenbewegung" Stroop meint die zionistische Jugendbewegung Hechaluz.

Im Warschauer Ghetto wie auch in anderen Ghettos und in den KZ's sind Lieder des Widerstandes entstanden. Das Moorsoldatenlied ist wohl das bekannteste. Am 20. April 1943 wurde Esther Bejarano aus einem Zwangsarbeiterlager bei Neubrandenburg zum Vernichtungslager Auschwitz transportiert. Dort wurde sie Mitglied der Musikgruppe, die zum „Empfang" der Transporte aufspielen mußte.

Mit ihren Liedern ruft sie zur Verteidigung der demokratischen Rechte und des Friedens auf. Das ist ihr Wirken in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und für den Antifaschismus.

W.H.

Erklärung ehemals rassisch und politisch Verfolgter, die im Ausland Zuflucht fanden:

Auch wir waren „Asylanten"

…und rufen auf, den Artikel 16 zu verteidigen

Was es heißt, „Asylant" zu sein – wir haben es am eigenen Leib erfahren. Und mit uns Hunderttausende Deutsche, die, nach 1933 politisch und rassisch verfolgt, aus Deutschland flüchteten, um ihr nacktes Leben zu retten. Plötzlich waren wir in einem fremden Land, zumeist nur mit einem Koffer, ohne Sprachkenntnisse, mittellos, bangend, kein Asyl zu erhalten, abgeschoben zu werden. Wir können uns in die Situation von „Asylanten" hineinversetzen, ihre Gefühle nachvollziehen: Was es für einen Menschen bedeutet, seine Heimat zu verlassen und nun auf Hilfe, auf Unterstützung im Zufluchtsland angewiesen zu sein, darauf hoffend, Solidarität unter den Einheimischen zu finden.

All das war uns zuteil geworden. Wenn auch manchmal mit Schwierigkeiten; unterschiedlich in den Ländern – aber es gab kaum einen deutschen Flüchtling, der kein Asyl gefunden hat, und oft empfingen wir rührende Solidarität aus der Bevölkerung. Selbst in ganz armen Ländern zum Beispiel Lateinamerikas, hier vor allem in Mexico; aber auch in der Türkei, sogar in China.

Dagegen: Welch himmelschreiende Schande, wir hier in Deutschland mit Asylsuchenden umgegangen wird, mit den Hilfe- und Schutzbedürftigsten, die aus Kriegs- und Bürgerkriegssituationen, aus politischer Verfolgung, aus Not in unserem Land Zuflucht suchen! Als Freiwild gejagt, mit Mord und Totschlag bedroht – zehn Tote gab es bereits. Nacht für Nacht Brandanschläge auf ihre Unterkünfte. In ganz Deutschland brennen Asylheime. Und das Schrecklichste: Mit klammheimlicher Zustimmung eines Teiles der deutschen Bevölkerung. Manche bekunden es unverhohlen klatschend: „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus!" Uns klingt es noch in den Ohren, wie in der Weimarer Republik die Nazis das gleiche brüllten: „Deutschland erwache, Juda verrecke!"

Den Zündstoff und das Benzin für das Feuer liefert die seit Jahren geführte Debatte über die Änderung oder sogar Abschaffung des im Grundgesetz verankerten Asylrechts, des Artikels 16: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht."

Unsere Asylerfahrung, mit der wir nach Deutschland zurückkehrten, ist die Mutter des Artikels 16. Nie darf in Vergessenheit geraten, daß Hunderttausende Deutsche ihr Überleben dem Asyl verdanken, das sie in fremden Ländern gefunden haben. Darum der Artikel 16 als Abtragung einer Dankesschuld. Aber auch als ein Zeichen der Verpflichtung aus jüngster deutscher Vergangenheit: Ein humanes Deutschland, in dem alle Menschen gleichberechtigt leben; gleich welcher Herkunft, Farbe, Religion, Weltanschauung (natürlich außer der faschistischen). Ein Deutschland, in dem die Würde des Menschen unantastbar bleibt. Ein Deutschland, das wahrlich keinen Nachholbedarf an Fremdenhaß hat, vielmehr an Freundlichkeit mit Fremden und einer Politik, die mithilft, daß die Ursachen in der Welt besiegt werden, die Menschen zu Flüchtlingen machen.

Jeder mit demokratischer Gesinnung in unserem Lande ist aufgerufen, mit uns in gleicher Leidenschaft den Artikel 16 zu verteidigen, nicht an ihm zu rütteln, ihn nicht kippen zu lassen!

Bewahrt das elementarste Menschenrecht!

Werner Blumenthal, Exil in England; Ernst Buschmann, Exil in Holland und Frankreich; Henny Dreifuß, Exil in Frankreich; Peter Gingold, Exil in Frankreich; Max Oppenheimer, Exil in England; Marie-Luise Steinschneider, Exil in Frankreich; Alice und Werner Sterzenbach, Exil in Holland; Lore Wolf, Exil in Frankreich.

1993 – Wir gedenken der Widerstandskämpfer von 1943



Conrad Blenkle – geb. 28.12.1901 in Berlin – am 20. Januar 1943 hingerichtet.

Ab 1928 zeitweilig jüngster Abgeordneter im Reichstag (KPD). Im Februar 1932 eineinhalb Jahre Festung, da geheime Aufrüstung enthüllt:

Ab Anfang 1936 leitete er in Bremen Bezirk-Nordwest die illegale Arbeit des Bezirks. Im Dezember 1941 in Dänemark verhaftet.

Alfred Bostelmann – geb. 19.3.1921 in Bremen. Am 26.3.1943 hingerichtet. Die Eltern von Alfred Bostelmann waren wegen ihres Glaubens als Bibelforscher verfolgt und eingesperrt worden. Getreu seines Glaubens verweigerte er auch diesen Dienst an der Waffe.

Am 5. Oktober 1942 im Betrieb verhaftet, vor ein Kriegsgericht gestellt und zum Tode verurteilt.



Hermann Böse – geb. 4. Mai 1871 in Hildesheim. Am 17. Juli 1943 gestorben. Als Musiklehrer nahm er an dem schulpolitischen Kampf der Sozialdemokraten teil. Als Abgeordneter der Bremer Bürgerschaft (KPD) setzte er sich ständig für eine demokratische und humanistische Erziehung der deutschen Jugend ein.

Im November 1942 verhaftet. Gefängnis Hamburg-Fuhlsbüttel.



Cato Bontjes van Beek – geb. 14.11.1920 in Bremen. Am 5.8.1943 hingerichtet. Als Tochter eines Bildhauers und Keramikers schloß sie sich der von Oberleutnant Harro Schulze-Boysen und Dr. Arvid Harnack geleiteten Widerstandsorganisation an und nahm an deren illegalem Kampf teil.

Am 20. September 1942 festgenommen. Anfang 1943 vom Reichskriegsgericht zum Tode verurteilt und einige Monate später im Zuchthaus Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Zurück zur Tagesordnung?

Die Jagd ist eröffnet. Der Weser-Report hat den Schock von Mölln überwunden. Vergessen sind die Anzeigen „Mein Freund ist Ausländer". Stattdessen blickt mich die biedere Stimmungsmache aus der Polizeistatistik an. Es ist ein Feindbild. Bestürzend, wie es wirkt. Wer glaubte, nach Mölln sei Schluß, der sieht sich bitter getäuscht, Lichterketten hin, Zebrabuttons von Courage her.

Ende Februar wurde eine Kameradin auf dem Weg zum Arbeitsamt beinahe von mehreren jungdynamischen Kahlköpfen mit Vollgas über den Haufen gefahren. Sie mochte es zunächst selber nicht glauben, bis das selbe Auto im Rückwärtsgang noch einmal auf sie zuhielt. Vielleicht lag es am schwarzen Kopftuch oder der dunkleren Augenfarbe?

Am selben Tage wurde der Familie Aydin erst auf massives Eingreifen der Initiative hin zugesagt, daß ihre Sozialhilfe für den Monat März entgegen früheren Anweisungen nun doch vollständig ausgezahlt werde. Sollen Menschen bestraft werden, die sich gegen ein Abschieben wehren? (Jedenfalls muß Herr Aydin immer noch Woche für Woche ums sein Geld betteln – 10. März).

Der Tag war noch nicht zu Ende, da hörte ich unabhängig voneinander von zwei nichtdeutschen Jugendlichen, der Ausländerbehörde genüge ihre Schulbescheinigung nicht, um ihnen eine Aufenthaltsgenehmigung in den neuen Paß zu stempeln. Menschen, die hier geboren, aufgewachsen, groß geworden sind, werden wie eine zu verzollende Ware überprüft. Pässe gibt es außer in Südafrika erst ab dem vollendeten 16. Lebensjahr.

Ein ganz normaler Werktag im Februar.

Raimund

Spiel mit dem Feuer

Alle zwei Monate etwa flattern der Bremer Bürgerschaft Anträge und große Anfragen der DVU auf den Tisch, manchmal die selben vom vorletzten Mal, durchschnittlich drei Anträge, mal auch sechs. Seit 15 Monaten müssen unsere Abgeordneten dies nun über sich ergehen lassen. In der Zwischenzeit kommt Frey's Bote nur, um Sitzungsgelder zu holen.

Menschenverachtend und beleidigend ist der Inhalt dieser Anträge. Gefragt wird, wieviele Deutsche Opfer ausländischer Straftäter gewesen seien, als ob Einwanderer kriminell seien, als ob die Ursache für Kriminalität mit dem Paß gefunden sei! Für die DVU jedenfalls ist die sogenannte Ausländerkriminalität geeignet, die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben zu gefährden. Als ob Hoyerswehrda nicht existierte! So verurteilt der Senat dies auch als „wertende, gegen Ausländer allgemein gerichtete Aussage". Vor allem den Flüchtlingen gilt die Kampfansage der DVU.

Der Senat soll geeignete Maßnahmen zur Abschiebung treffen, auswärtige SPD-Politiker einladen, um ihre Positionen gegen eine vermeintliche Überfremdung zu bekräftigen. Die Anträge gipfeln in der Aussage, „daß ein friedliches Zusammenleben zwischen verschiedenen Völkern, Religionen und Kulturen auf engstem Raum auf Dauer nicht möglich" sei. Die BRD dürfe kein Vielvölkerstaat werden. Auf demagogische Weise wird im Herbst beantragt, „Senatsmitglieder und Abgeordnete, die Deutschland zum Einwanderungsland erklären, werden aufgefordert, die von den Ereignissen in Rostock betroffenen Asylbewerber, insbesondere Zigeuner, in ihren eigenen Wohnungen aufzunehmen". Damit werde die alte Nazidemagogie einer „Bonzenwirtschaft" aktualisiert und auf menschenverachtende Weise die skandalösen Vorfälle von Rostock beschönigt. Es kommt zwei Monate später noch herber, als die Forderung nach Todesstrafe mit den Ereignissen von Mölln neuaufgelegt wird. Kein Wort der Entschuldigung für die selbst betriebene Mordhetze.

Wie schon mit der Ablehnung von Maastricht oder Bundeswehreinsatz im UN-Rahmen wendet sich die DVU gegen jegliche europäische oder internationale Kontrolle. Förmlich sehe ich ein Neuerwachen einer unseligen „Neuordnung Europas" in den DVU-Anträgen zu einem „Bund gleichberechtigter Völker in Mitteleuropa", zu einer Ergänzung des Artikels 23 GG durch Offenhalten der Grenzen für den Beitritt weiterer Länder, in der Anfrage, ob der Senat einen „Bund der Bürger deutscher Abstammung in Danzig" unterstütze, in der Betrachtung Österreichs als Nicht-Ausland.

Verstärkt wendet sich die DVU sozialpolitischen Fragen zu, sei es Kindergartenplätzen (für deutsche Familien/Alleinerziehende), Kindergeburtsprämien für denselben Personenkreis, Gewalt an Schulen, Frauen und Behinderten oder einer Zwangstherapie für Drogenabhängige. Scheinbar wird neuerdings die Anti-Ausländer-Haltung beiseitegelassen. In den Anträgen ist aber nur von Bürgern die Rede, nicht von der Gesamtbevölkerung. So scheint es eher ein Versuch zu sein, sich Sympathie mancher gestandener Politiker zu erkaufen. Es ist ein Spiel mit dem Feuer.

Richard Keßler

Post aus Santiago/Chile

Ich lege Dir einen Bericht über die Entwicklung der Menschenrechtsproblematik im letzten Jahr bei uns bei, in dem ich versucht habe, das Wichtigste zusammenzufassen. Ich habe ihn im Dezember geschrieben mit der Absicht, ihn den vielen Neujahrsgrüßen, die ich geplant hatte, beizulegen. Inzwischen mußte ich ihn wieder aktualisieren, glücklicherweise mit einigen positiven Entwicklungen. Trotzdem bleibt die Skepsis...

Die Entwicklung bei Euch ist wirklich besorgniserregend! Immerhin zeigt sich aber jetzt eine massive Reaktion bei der Bevölkerung und das gibt doch Hoffnung. Über die Lichterketten am Jahrestag vom Wahlsieg Hitlers wurde gestern sogar hier bei uns im Fernsehen berichtet...

Noch öffentlichkeitswirksamer als unsere Kampagne war der Werdegang einiger Gerichtsprozesse. Eine hervorragende Arbeit leistete besonders die Richterin Gloria Olivares, die den Fall von Alfonso Chanfreau untersuchte, der am 31. Juli 1974 verhaftet wurde und seitdem als verschwunden gilt. An seiner Verhaftung war – wie bei vielen anderen – Osvaldo Romo (Guatón Romo), einer der berühmt-berüchtigtsten Folterknechte der DINA beteiligt. Es gelang der Richterin Olivares mit der Unterstützung der Interpol, Romo in Brasilien, wo er seit 12 Jahren lebte, aufzuspüren. Er wurde dort am 29. Juli d. J. verhaftet. Sofort wurde seine Ausweisung beantragt, für die sich sogar Patricio Aylwin persönlich bei Collor de Melo einsetzte. Aber es gab immer wieder neue Schwierigkeiten. Einmal mehr wurde deutlich, wie aktuell wirksam noch die alten dunklen Mächte sind. Inzwischen beanspruchte hier das Militärgericht den Prozeß für sich. Richterin Olivares war nicht bereit, den Prozeß zu übergeben, es mußte also der Oberste Gerichtshof entscheiden. Mehrmals wurde die Entscheidung vertagt, bis sich dann am 30. Oktober die 3. Kammer des Obersten Gerichtshofes zugunsten des Militärgerichtes aussprach.

Ein harter Schlag für uns alle, die große Hoffnungen an diesen Prozeß geknüpft hatten, aber auch für die Richterin, die in Tränen ausbrach, als sie aus dem Gerichtssaal kam und draußen von vielen Angehörigen von Verschwundenen und von Hingerichteten mit Applaus als Anerkennung für ihre Bemühungen und ihre Integrität empfangen wurde. Osvaldo Romo wurde erst zwei Wochen später nach Chile gebracht, zu spät also, um von der Richterin verhört zu werden. Aber es sind inzwischen acht weitere Prozeße in Fällen von Verschwundenen, an deren Verhaftung Romo beteiligt war, eingeleitet worden, zu denen er bereits mehrmals verhört wurde.

Leider ist auch das Problem politischer Gefangener aus der Zeit der Diktatur noch nicht gelöst. Z. Z. gibt es noch 28 politische Gefangene: 25 in der Cárcel Pública in Santiago, 2 in Concepción und nur noch eine Frau, Belinda Zubicueta, in der Cárcel de Santo Domingo in Santiago. Wir bemühen uns, daß nachts immer mindestens eine von uns bei ihr bleiben kann (das wird erlaubt) damit sie nicht ganz alleine ist.

Am 17. und 18. November konnten endlich einige der am längsten inhaftierten politischen Gefangenen das Gefängnis verlassen. Aylwin hatte sie begnadigt, aber sie mußten ins Ausland, weil sie an Attentaten gegen Militärs beteiligt gewesen waren. Die Rechte hat Zeter und Mordio geschrien und die „weiche" Hand des Präsidenten verurteilt. Jetzt läuft eine Kampagne, um zu verhindern, daß auch die am Attentat gegen Pinochet Beteiligten begnadigt werden.

Es wäre gut, wenn auch vom Ausland aus Druck auf Aylwin ausgeübt wird, damit er sie doch begnadigt, selbst wenn es mit der Bedingung ist, das Land zu verlassen.

Am Tag vor Silvester sind alle politischen Gefangenen, die in Santiago in der „Cárcel Pública" waren, überraschend nach Santo Domingo zu Belinda verlegt worden. Man wußte, daß es geschehen würde, es hieß aber, daß es nicht vor Mitte Januar sein würde.

Mitten in der Nacht mußten sie aber dann plötzlich ihre Sachen zusammenpacken und in ein paar Stunden waren sie alle mit Sack und Pack im ehemaligen Frauengefängnis. Belinda hat ein kleines Zimmer mit Bad für sich, die anderen Zimmer müssen sich nun die anderen teilen. Eine große Umstellung, denn in der Cárcel Pública hatte jeder schon seit langer Zeit eine Zelle für sich. Der Hof ist viel kleiner, sie haben keine Möglichkeit mehr, Sport zu treiben, für die Kinder ist an den Besuchstagen kaum mehr Platz zum spielen. Die ersten Tage waren furchtbar, ganz zu schweigen von der Silvesternacht, in der allerdings eine ganze Reihe Besucher bei ihnen bleiben durften. Langsam gewöhnen sie sich an die neue Situation und die Stimmung wird etwas besser, obwohl die Enge allen auf die Nerven geht. Zu allem Überfluß sind in den letzten Wochen überall zusätzliche Gitter angebracht worden, die sich über den gesamten Hof ausbreiten, so daß man sich wirklich wie in einem Käfig vorkommt. Errungenschaften unserer allseits gepriesenen Demokratie!

Mit ganz herzlichen Grüßen und den besten Wünschen für 1993

Beatriz

Gedenkstätte Bergen-Belsen

Sonntag, 4.4.1993, 11.00 Uhr
Kurt Rosenow (Hannover)

Der Aufbau des Document Center in Berlin

Die Ausstellung über „Anne Frank" wird vom 19.3.–28.4.1993 gezeigt. Während dieser Zeit wird jeweils sonntags um 15.00 Uhr der Film „Anne Frank. Die letzten sieben Monate" vorgeführt.

Polizei nicht gleich Polizei

Laut dpa-Meldung vom 5.3.1993 besteht begründeter Verdacht, daß es während der Ausschreitungen von Rostock im August 1992 ein Abkommen zwischen Einsatzleitung und den Belagerern gab. Mit der Begründung: „Wir haben ein Abkommen mit den Störern getroffen und dürfen uns dort nicht sehen lassen", sei ein Einsatz abgelehnt worden. So wurden schließlich die Polizisten abgezogen, die bedrohten vietnamesischen Kollegen, Frauen und Kinder, sich selbst überlassen. Das ganze lief nach dem Motto: Erhaltung der Einsatzfähigkeit. Angeblich habe niemand gewußt, daß sich da noch Leute aufhielten. Jedenfalls gab es keine nennenswerten Einwände gegen ein bißchen Zündeln. Man hatte wirklich nicht vorhersehen können, daß ernst gemacht werde. Ob als Entschuldigung jetzt noch Schwierigkeiten in der Beschaffung neuer Uniformen herhalten müssen? Jedenfalls war der Einsatzleitung der Schutz der Polizei vor den „Störern" wichtiger als ein Schutz der Opfer.

Vielleicht könnte es nicht schaden, aus der 68er Zeit zu lernen: etwas Staatsbürgerkunde und etwas mehr Psychologie zum Erlernen von konfliktbewußtem Handeln.

Ein positives Beispiel aus Bremen sehe ich in dem Wunsch des Polizeichors, an seinem nächsten Konzert am 8.5.1993 in der Glocke den Bremer Solidaritätschor zu beteiligen. Im Anschluß sollen Gesprächsmöglichkeiten geschaffen werden, um Vorurteile und Berührungsängste abzubauen.

Begrüßenswert ist auch der Wille einer ganzen Reihe von Kollegen, sich in Kulturgeschichte und Sprache ihrer nichtdeutschen Mitbürger einzuarbeiten. Vielleicht erwächst daraus ja mal ein runder Tisch von Polizei und Ausländerkulturvereinen.

Willem Henkel

Bonn ist nicht Weimar

lautet das politische Selbstverständnis seit Adenauer.

„Wir werden die rechtsextremistische Gewalt in den Griff bekommen," meint Generalstaatsanwalt von Stahl.

(Sicher, die Zahl der politischen Morde von Rechts beträgt ein Zehntel der von Weimar.)

„Ihre Triebfeder ist dumpfe Emotionalität", äußert von Stahl.

„Ich kenne kein Ich mehr seit jenem Tage ... ich starb für die Nation, so lebt in mir auch alles nun einzig für die Nation ...", äußerte der Rathenau-Mörder Erwin Kern.

Für gefährlicher hält von Stahl feste organisatorische Verbindungen von links. (Sind Raketenblockaden oder Schutz von Flüchtlingsheimen gefährlicher als politische Morde an wahllos herausgegriffenen Opfern?)

Zum äußeren tritt das innere Feindbild, der innere Frieden ist zu schützen. Einen Ausgleich mit zu Gewaltverzicht bereiten Terroristengruppen soll es nicht geben!

Wie groß ist der Weg vom Ausnahmezustand Weimars zum Staatsnotstand Bonns?

Der Feind steht immer noch rechts!

Raimun

Der Arm der Gerechtigkeit

Eine Meldung im Weser-Kurier wies unlängst auf eine Razzia gegen den „Verein zur Vrbreitung unterdrückter Nachrichten" und andere hin. Da mußte wohl Gefahr im Verzuge sein, denn die richterliche Anordnung brauchte von Dezember bis März, um die Polizei nach dem Recht aufs eigene Bild forschen zu lassen. Die Polizei stöberte dann auch etliche Kartons mit Aufklebern auf. Wieso mußte dann die Einrichtung kaputtgehen? Andere bezeichnen so ein Verhalten als Randalieren, aber die Polizei hatte es wohl sehr eilig. Suchte sie vielleicht nach einem Eimer mit frischer roter Farbe? Es ist wohl kaum zu erwarten, daß eine Kunstausstellung mit Demonstrationsphotos im Sielwallhaus oder dem Antirassismus-Büro stattfindet, aber vielleicht an einem anderen Ort?

Raimund G. H.

Die Wirtschaft meldet:

Eine erfreuliche Meldung:

Die Aufträge für die Metallindustrie sind im Januar 1993 im Verhältnis zum Dezember 1992 um 5% gestiegen:

Die weniger erfreuliche Meldung:

Im Januar 1993 liegt der Eingang von Aufträgen um 16% niedriger als im Januar 1992. „Nicht jammern – nur machen" sagte dazu Helmut Kohl, seines Zeichens Bundeskanzler.

Es war Mord...

1950 wurde der SS-Sturmführer Löblich verhaftet, der am 1. März 1933 den Überfall auf eine Gruppe Reichsbanner-Kameraden befehligte. Die SS schoß von hinten in die von einer Kundgebung heimkehrenden Reichsbanner-Kameraden.

Für Johann Lücke waren die Schüsse tödlich, er starb am 2. März 1933. Sechzig Jahre danach, am 2. März 1993, ehrten eine Gruppe Überlebende Johann Lücke an seinem Grab auf dem Waller Friedhof.

In den „Vier Jahreszeiten" tauschten die Veteranen ihre Erinnerungen aus und behandelten Fragen der erschienen jungen Sozialisten. Und man sprach über SS-Sturmführer Löblich, der auch der erste Leiter vom KZ Mißler war.

Gegen Löblich wurden 1952 6 Jahre Haft ausgesprochen. Es war nicht zu beweisen, daß Löblichs Schüsse die tödlichen waren. Es war trotzdem Mord. Löblich wurde 1954 begnadigt.

Der Ratgeber:

Der Bundeskanzler Kohl hat eine Reise unternommen, durch Asien. Den Rat hat er den Politikern in Süd-Korea gegeben. Er meinte, er habe die Einheit „D" geschaffen und zwar so: Immer reden, immer reden…

Und dann flog er nach Moskau. Dort traf er Jelzin, um ihm zu sagen: Nur Mut, nur Mut…!

Endlich in Bonn, als Boß im Cabinett „empfal" er: 13 Pfg. auf die Mineraloele und schon läuft's.

Sehr gut, sagte die CDU/CSU-Fraktion, aber das machen wir nicht mit und kippten den Beschluß. Kommentierte der Bundeskanzler, das richtet sich nicht gegen mich, das ist eben Demokratie.

„So ist es"

Karl Leuchter

Kurs: Portraitzeichnen

„Gesichter unserer ausländischen Nachbarn"

Der Kurs versteht sich als Erweiterung und Weiterführung der früheren Kurse „Gesichter des antifaschistischen Widerstandes" und „Gesichter aus der Friedensarbeit", angeknüpft werden soll. D.h., in jeder Sitzung versuchen wir zunächst im lockeren Gespräch „uns ins Bild zu versetzen" um dann über die Skizze zum Portrait zu kommen. Die Arbeiten sollen zum Schluß jeder Sitzung gemeinsam besprochen werden. Nach Beendigung des Kurses können die Arbeiten in den Räumen der VVN ausgestellt werden.

Mittwochs, vom 28.4. bis 30.6.1993, 19.00 – 21.00 Uhr

im Veranstaltungsraum der VVN-Bund der Antifaschisten, Bürgermeister-Deichmann-Straße 26 (zu erreichen mit der Linie 2 und 3, Haltestelle „Volkshaus" bzw. „Haferkamp")

Unkostenbeitrag für 10 Abende DM 30,–.

Näheres nach telefonischer Anmeldung bei Karl Heinz Kröger, Telefon 37 35 13.

Auszüge aus einem Artikel:

Ökologische Linke

Der Staat schürt den Rassismus und betreibt seit Mitte der 80er Jahre die Verharmlosung der NS-Verbrechen. Kohl besuchte 1985 SS-Gräber in Bitburg, 1992 warf er jüdischen Organisationen vor, den Anschluß der DDR behindert zu haben. Die Justiz der BRD, die die „furchtbaren Juristen" (Rolf Hochhuth) der Nazis in Amt und Würden leiß, wirft dem Antifaschisten Gerhard Bögelein aus der ex-DDR vor, einen ihrer Standesgenossen, einen NS-Richter, ermordet zu haben. KZ-Gedenkstätten werden von der SPD/FDP/Bündnis 90-Regierung Brandenburgs zweckentfremdet als Mahnmale für die Opfer der SED.

Wie vor 1933 entsteht der Rassismus nicht am Rand der Gesellschaft, sondern geht von ihrer Mitte aus. Die Behauptung, soziale Not sei ursächlich für Faschismus, entlastet eine bürgerliche Schicht, die ihre faschistoiden Bewußtseinselemente nur besser zu kaschieren weiß als die Skinheads. Mit esoterischen New-Age-Lehren werden Akzeptanz für Atomkraft und Gentechnik (was stört den Geist schon die Zerstörung des schnöden Körpers), für hierarchische und elitäre Gesellschaftsmodelle und Führerprinzip, bis hin zu offen rassistischen Positionen verbreitet. Die Propaganda von der „Überbevölkerung" als Ursache ökologischer Zerstörungen, erklärt Menschen im Trikont zum Feind, lenkt ab von den eigentlichen Ursachen und ist die ökorassistische Begründung für Zwangssterilisierungen und künftige Militäraktionen des Westens. In der FDP wächst die Sympathie für den Yuppie-Faschisten Jörg Haider, der Hamburger Senat läßt einen jüdischen Friedhof plattmachen, Berichte über Rechtsextremisten in Polizei und Bundeswehr häufen sich. Naziprügler werden ermutigt, wenn Polizei samt Einsatzleitung bei Pogromen wie in Rostock zusehen. Die Regierung spricht vom „Staatsnotstand" wegen der Flüchtlinge aus dem Süden und Osten. Mit Sammellagern, Schnellverfahren und Abschiebung, Deportation von Roma und Sinti nach Rumänien haben CDU/CSU/FDP/SPD das seit Jahren ausgehöhlte Asylrecht faktisch abgeschafft.

Nach Notstands-, Antiterror- und sogenannten Sicherheitsgesetzen, nach der Aufhebung der von den Alliierten erzwungenen Trennung von Polizei und Geheimdiensten, nutzt die Regierung den Naziterror jetzt aus, um den weiteren Ausbau des Überwachungs- und Polizeiapparates, der gegen die demokratische und linke Opposition eingesetzt wird, zu rechtfertigen. Fernsehbilder aus Somalia und vom Bürgerkriegsland in Jugoslawien sollen in der Bevölkerung Akzeptanz für deutsche Landsereinsätze in aller Welt schaffen. Dabei ist die BRD mitverantwortlich, weil sie die slowenischen und kroatischen Nationalisten jahrelang unterstützt hat, weil sie im Unterschied zu Frankreich oder Großbritannien schon vor Ausbruch des Bürgerkrieges für die Auflösung Jugoslawiens eintrat, statt auf Verhandlungen zu setzen!

Für einen dritten Anlauf Deutschlands zur Weltmacht werden derzeit die politischen Bedingungen geschaffen: Abbau demokratischer Grundrechte, polizeiliche und militärische Aufrüstung, Einschwören der Bevölkerung auf „nationalen Konsens" und „Solidarpakt", Relativierung und Verharmlosung der NS-Verbrechen als geistige Voraussetzung in den Köpfen der Menschen. Mit den Worten von Bundeskanzler Kohl: „Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen, es kann sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und soll diese ausweiten."

Gelesen von Irmgard

Geburtstage im April

Georg Gumpert	3. April, 79 Jahre
Gerd Meyer	7. April, 47 Jahre
Albert Drazewski	10. April, 88 Jahre
Georg Gumpert jun.	11. April, 60 Jahre
Willy Hundertmark	16. April, 86 Jahre
Albert Piosek	20. April, 75 Jahre
Thea Drazewski	21. April, 81 Jahre
Eva Schatz	28. April, 78 Jahre
Willy Meyer-Bur	30. April, 82 Jahre
Johann Reiners	30. April, 86 Jahre

Herzlichen Glückwunsch
allen Kameradinnen und Kameraden
Der Landesvorstand

Schon gelesen?

Da die VVN-BdA Bremen e.V. nach wie vor konkrete antifaschistische Politik prägt, braucht sie auch Geld, viel Geld.

Unsere Geldquellen sind nach wie vor unsere Kameradinnen und Kameraden, denen der L.V. für ihre Treue zum Verband, auch denen dankt, die noch für 1992 nachzahlen müssen.

Unser besonderer Dank gilt allen Freundinnen und Freunden, die uns immer wieder Spenden zukommen lassen.

Der Landesvorstand

Keine fremden Truppen in Deutschland

Keine deutschen Truppen im Ausland

Diese Postkartenaufkleber sind beim Friedenskomitee 2000, Postfach 1308, D-8130 Starnberg, zum Stückpreis von 1,–DM (incl. Versandkosten) gegen Vorauskasse erhältlich (Mindestabnahme 10 Stück).

GEWITTER

Am Horizont
die Wolken wachsen
wie Schneegebirg.
Ihre Fülle
stickt das Licht
das unsre Hoffnung birgt.
Über uns
durch Windesgunst
Regenwolken treiben,
wir liegen flach
ins Gras gedrückt,
mit ihm das Naß zu teilen.
Der Sonne Blinzeln
läßt uns wachsen
leckt die alten Wunden
gibt uns ab
von ihrem Glück –
dem Regenbogenwunder

Annette 24.7.87

Leserbrief

zum Artikel: „Lilienthaler Discounter lehnt Warengutscheine ab" vom 30.12.1992

Gibt es Menschen erster und zweiter Klasse?

Es ist anzuerkennen, daß ein Teil der Bevölkerung die fremdenfeindliche haltung des Penny-Marktleiters in Lilienthal verurteilte. Doch diese Verurteilung allein reicht nicht aus. Die Ausgabe der Wertgutscheine an sich ist zu verurteilen, weil die Flüchtlinge durch sie stigmatisiert und zu Menschen zweiter Klasse abgestempelt werden.

Die Neuregelung ist für den 1.2.1993 geplant. Nur 30% der Sozialhilfe soll in bar, 70% in Wertgutscheinen ausgegeben werden. Diese dürfen im Wert nicht unseren Banknoten entsprechen, z.B. Gutscheine für 30,– bzw. 60,– DM. Passend zu den Gutscheinen muß eingekauft werden, weil nicht mehr als 3,– DM Wechselgeld herausgegeben werden dürfen.

Der Asylkreis Osterholz verurteilt die Regelung der Oberkreisdirektoren des Bezirks Lüneburg bezüglich der Wertgutscheine als verantwortungslos und menschenverachtend aus folgenden Gründen:

1) Durch Verbot von Wechselgeldrückgabe ist Kauf von Frischwaren kaum möglich, nur haltbare Waren wie Konserven, H-Milch u.ä.
2) Längere Wartezeiten an den Kassen für alle Kunden, da Übereinstimmung von Warenwert und Gutscheinwert beim Einkauf schwierig.
3) Durch diesen Druck kommt es zu ungeplanten Einkäufen, um den erforderlichen Wert zu erhalten.
4) Keine Möglichkeit, in Läden nach Wahl zu kaufen, weil kleinere Läden sich kaum mit der Abrechnung aufhalten.
5) Sozialneid wird gezüchtet durch die jetzt notwendigen übervollen Einkaufswagen.

Walter

8ung! merken:

wenn
ich-Du-er-sie-es-WIR
das Arbeitslosen-Amt o.ä. beschelßen,

dann
handelt es sich um ein SOZIAL-VERBRECHEN.

Massen-Arbeitslosigkeit,
zunehmende Verarmung,
Inflation – Lohnraub – Dumping –

Abbau von Arbeitnehmer-RECHTEN
Abbau von demokratischen Bürger-RECHTEN sind ?
KEINE SOZIAL-VERBRECHEN, sondern Politik,
„so wahr mir gott helfe" **

** Amtseid der Nicht-Sozialverbrecher

rumpelstielzchen

Verbindungen

Rotenburger im „Braunen Netz"

Berichte über Geschichte, Ideologie und Querverbindungen der „Stillen Hilfe" und des „WSL" („Weltbundes zum Schutze des Lebens"), die beide in Rotenburg/Wümme einen organisatorischen Schwerpunkt haben.

Rotenburg, **den 3. Mai 1993 um 20.00 Uhr im Rathausfoyer.**

Referenten: Michael Quelle, VVN-BdA; Volkmar Wölk, Mitglied Bundessprecher/Innen-Kreis-VVN-BdA

Veranstalter: VVN-Bund der Antifaschisten

Als die Menschen zum erstenmal sah'n
den Diamanten auf samtschwarzem Grund
–
Grad als der Erdball am schönsten war,
da gab's einen Knall und er verschwand.
Und als euer Denken das Höchste ersann,
den Ballast der Gefühle weit unter sich ließ,
erstarrte es zu einem bunten Kristall –
wunderschön, doch für's Herz ein kaltes Verlies.
Wenn du dann nach langer Wanderschaft
denkst, daß du die gefunden hast,
die mit dir durch alle Stürme gehn,
dann lassen sie dich beim ersten Windeshauch stehn...
Vielleicht kommt noch die Zeit, in der du fühlst,
daß sich's leichter geht ohne die falsche Hoffnung.
Wenn du dann noch weiter willst
steh'n dir alle Welten offen.
In Welten, die du bisher übersahst,
weil dein Kreis mit den Rücken nach außen stand,
kannst du vielleicht auch jene finden,
die mit uns die Stürme überwinden.

Annette 24.7.87

Es wird gefragt:

Inzwischen ist die Euphorie für den Solidarpakt eingegangen. Wo es konkret wird, wird die „Soli" mindestens um ein Jahr verschoben. Im Punkt 2 wird versprochen, das Kreditvolumen der Treuhandanstalt zu erhöhen, so ganz einfach. Dabei müßte sie doch angehalten werden, mit dem Volksvermögen etwas sorgfältiger umzugehen.

Wenn z.B. die Thale-Werke Herrn Albrecht für 1,– DM verkauft werden, können die 1.300 Beamten nur aus Kreditmitteln bezahlt werden. Wenn behauptet wird, das wären marode Betriebe, muß gefragt werden, wie marode sind denn die Hoechst-Werke, eine Panne nach der anderen. Und wie marode sind die Stahl- und Bergwerke, die alle schließen sollen? Halt, die sollen nicht alle schließen, die haben nur keinen Absatz. Darum bläst Klöckner in Bremen erst mal einen Hochofen aus.

Allein 139.000 Entlassungen werden am 18.3.1993 im Maschinenbau und anderen Metallbetrieben angekündigt. Die Krise der kapitalistischen freien Marktwirtschaft wird die neuen Länder noch härter treffen. [illegible] reichen die 2 Millarden bestimmt nicht. [illegible] wird eine andere Solidarität notwendig.

Karl Leuchter

Gedenk und Ehrentafel

Am 1. April 1993
um 17.30
Gedenkstunde

60 Jahre KZ Mißler

Wohnbereich
Walsroder Straße/Ecke Hemmstraße

Wichtige Mitteilungen:

Unser Büro ist geöffnet:
Dienstags von 15.00 – 18.00 Uhr
Mittwochs von 15.00 – 18.00 Uhr
Donnerstags von 15.00 – 18.00 Uhr
Tag der Bürokasse und Beitragszahlungen
Beitragsbelege für das Finanzamt auf Anforderung

Jeden Montag von 17.00 – 18.00 Uhr tagt der Geschäftsführende Vorstand

Jeden 4. Montag von 19.00 – 22.00 Uhr der Landesvorstand
Alle Mitglieder können mit beratender Stimme teilnehmen.

Bekanntmachung Beratungsdienst
Jeden Mittwoch in der Zeit von 16.30 – 18.00 Uhr im Büro Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, in allen sozialen Fragen kann beraten werden. Wenn notwendig, wird auch Hilfe bei Behördengängen möglich sein.

Die Anschrift für alle Angelegenheiten:
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)
Bund der Antifaschisten Bremen e.V.
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
2800 BREMEN 1
Tel.: 0421/382914

Die Sparkasse in Bremen
(BLZ 290 501 01), Kto.-Nr. 103 1913

Alternative Rundgänge-Fahrten, Anmeldung auch unter Tel.: 61 12 62

Redaktionsschluß für den BAF am 15. eines jeden Mots.
Wichtige Mitteilungen und Artikel sind nach Absprache möglich.

V.i.S.d.P.: Willy Hundertmark